



HESSISCHER LANDTAG

23. 08. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag

**der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz,
Müller (Schwalmstadt) und Roth (SPD) und Fraktion**

**betreffend Umsetzung des Grundsatzes "Gleicher Lohn für gleiche
Arbeit" in der Leiharbeit**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat erneut tätig zu werden, um die unverzügliche Umsetzung des Beschlusses des Bundesrates zur gleichen Bezahlung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern analog zur Stammebelegschaft zu erwirken. Sofern die Bundesregierung nicht unverzüglich Vorschläge für gesetzliche Vorgaben zur Sicherung der Lohngleichheit vorlegt wird die Landesregierung aufgefordert, in Abstimmung mit den anderen Ländern einen eigenen Gesetzentwurf im Bundesrat einzubringen.

Begründung:

Die Angleichung der Entlohnung für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter an die der Stammebelegschaft ist nach einer zu befristenden Einarbeitungszeit erforderlich. Der Bundesrat hatte in einer Entschliebung im Februar dieses Jahres die Bundesregierung aufgefordert, Vorschläge gegen den Missbrauch durch den Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern zu machen. Dies ist bisher nicht erfolgt. Die Ungleichbehandlung von Arbeiterinnen und Arbeitern, die in einem Betrieb die gleichen Arbeiten verrichten, ist aber nicht weiter hinzunehmen und muss dringend beendet werden.

Wiesbaden, 19. August 2010

Der Parl. Geschäftsführer:
Rudolph

**Dr. Spies
Decker
Merz
Müller (Schwalmstadt)
Roth**